



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

55. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

23. November 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.30 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) und Hans Frey (SPD) (stellv.)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Wahl des neuen Ausschussvorsitzenden

1

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung wählt einstimmig
Dr. Heinz-Jörg Eckhold zum Vorsitzenden.

^{*)} öffentlicher Teil siehe APr 12/1430

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4200

Vorlagen 12/2855 und 12/2865

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

hier: Bereich Schule und Weiterbildung

in Verbindung damit

Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4202

1

Der Ausschuss berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Die Änderungsanträge sind in Vorlage 12/3210 aufgeführt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung stimmt dem Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

Sodann stimmt der Ausschuss dem Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 - Drucksache 12/4202 - mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) wird als Berichterstatter benannt.

3 Modellversuch Sport als 4. Abiturfach

Zuschrift 12/2751

9

- Bericht des Staatssekretärs Dr. Meyer-Hesemann (MSWWF).

Aus der Diskussion

1 Wahl des neuen Ausschussvorsitzenden

Der stellv. Vorsitzende **Hans Frey** teilt mit, die CDU-Fraktion habe **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** als neuen Ausschussvorsitzenden vorgeschlagen. Er frage, ob es weitere Vorschläge gebe.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung wählt **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** einstimmig zum Vorsitzenden. **Dr. Heinz-Jörg Eckhold** erklärt, dass er die Wahl annehme.

Der stellv. Vorsitzende **Hans Frey** gratuliert ihm zu der Wahl und bittet ihn, das neue Amt zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Heinz-Jörg Eckhold bedankt sich für das erwiesene Vertrauen. Er werde sich bemühen, den Ausschuss sach- und fachgerecht zu führen. Er hoffe, dass der Ausschuss eine Streitkultur pflege, die dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung würdig sei.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4200
Vorlagen 12/2855 und 12/2865

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

hier: Bereich Schule und Weiterbildung

in Verbindung damit

Artikel I § 26 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4202

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** berät die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge, die von den Sprechern zunächst erläutert werden. Zu den Einzelberatungen wird auf **Vorlage 12/3210** verwiesen.

Im Folgenden sind nur noch Diskussionsbeiträge protokolliert, die wesentlich über die Darstellung in der genannten Vorlage hinausgehen.

Zu Antrag Nr. 5 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich **Kapitel 05 079 - Weiterbildung - Titel 653 70 - Zuweisungen an Gemeinden (GV) - Titelgruppe 70 - Förderung der Innovation der Weiterbildung einschließlich Arbeitnehmerweiterbildung** - führt **Brigitte Schumann (GRÜNE)** aus, dieser Antrag sei längst überfällig. Es gehe um eine Erhöhung der schulabschlussbezogenen Lehrgänge an den Volkshochschulen. Weder durch das Berufskolleg noch durch die Weiterbildungskollegs würden schulabschlussbezogene Lehrgänge an Volkshochschulen für bestimmte Jugendliche entbehrlich. Sie müssten gesichert werden. Der Betrag diene der Sicherstellung.

Bernhard Recker (CDU) fragt, ob die Gelder ausschließlich an kommunale Einrichtungen gingen.

In diesem Zusammenhang müsse darüber gesprochen werden, ob diese Lehrgänge Aufgabe der Volkshochschulen sein müssten. Die CDU-Fraktion wolle ganz andere Schwerpunkte setzen.

Ein Schulabschluss sollte möglichst an der Hauptschule absolviert werden. Er habe mit Vertretern verschiedener Hauptschulen in letzter Zeit gesprochen. Oft gebe es das Ganztagsangebot. Man habe zumindest die Schulpflicht. Dort könne man die jungen Menschen einholen. Da seien die Erfolgsquoten wesentlich höher als in anderen Bereichen. Der Schwerpunkt sollte zukünftig bei den Schulen gesetzt werden - sprich Unterrichtsgarantie, sprich Qualitätssicherung -, um andere Maßnahmen überflüssig zu machen.

Karin Jung (SPD) macht darauf aufmerksam, dass es einige Jugendliche gebe, die den Abschluss im ersten Angang, meist sogar an der Hauptschule nicht schaffen würden. Das hänge mit allen möglichen Umständen des Lebens zusammen. Diese Jugendlichen wollten sich später noch einmal eine Chance eröffnen. Da sei die Volkshochschule nach ihrer Erfahrung der ideale Ort. Sie gelte als seriös, sei berechenbar, werde von der Stadt kontrolliert.

Aus Düsseldorf sei ihr bekannt, dass 17-, 18-jährige junge Leute, die herumgammelt hätten, arbeitslos gewesen seien, in einer angenehmen und vernünftigen Atmosphäre noch einmal den Willen aufbrächten, einen Abschluss zu machen. Hier habe man dann recht hohe Erfolgsquoten. Der Fachbereich 8 der Volkshochschule sei eine erste Adresse in Düsseldorf.

Brigitte Schumann (GRÜNE) hält fest, selbstverständlich wünsche sie sich auch, dass jeder, der die Hauptschule verlasse, sie mit einem Mindestabschluss verlasse. Tatsache sei immer noch, dass das nicht überall passiere. Die Anstrengungen müssten unternommen werden.

Ungeachtet dessen werde es immer einen gewissen Anteil an Schulverweigerern und Schulversagern geben, für die der Ort Schule nicht der richtige Ort sei, um den Abschluss zu machen. Der nicht schulische Ort sei für bestimmte junge Leute dann ideal, um überhaupt einen Abschluss zu machen. Sie habe in der letzten Zeit einige Projekte mit Schulverweigerern beispielsweise in Köln kennen gelernt, bei denen in Kooperation mit Hauptschulen ein anderer Träger gesucht werde, der sicherstelle, dass neben Schulsozialarbeit, nebenberuflicher Kenntnis und berufspraktischen Tätigkeiten der Hauptschulabschluss gesichert werde. Kooperationen seien da durchaus erwünscht.

Es gehe nicht darum, ein Modell zu präferieren, sondern es gehe darum, eine Vielzahl von Modellen vorzuhalten, die auf die Jugendlichen zugeschnitten seien, die man erreichen wolle. Von daher könne sie den Ansatz, den die CDU-Fraktion hier ankündige, nur als unpassend bezeichnen. Die Ausrichtung weg von diesen vielfältigen Maßnahmen hin zu rein schulischen Maßnahmen reiche für bestimmte Zielgruppen nicht. Ungeachtet dessen müsse man natürlich alle Anstrengungen unternehmen, dass der Hauptschulabschluss durch die Schule selber gesichert werde.

Theodor Kruse (Olpe) (CDU) hält fest, die Problematik der benachteiligten Jugendlichen sehe er genauso. Er zweifle auch nicht die Seriosität der Volkshochschulen an.

Er frage die Landesregierung, ob sie einen Überblick darüber habe, ob die Zuweisungen an freie Träger im kommenden Haushalt in der jetzigen Höhe erhalten blieben. Im Wirtschaftshaushalt würden nämlich die Fördermaßnahmen für genau die Klientel, über die man hier rede, nämlich die benachteiligten Jugendlichen drastisch gestrichen. Nun frage er, wie es sich mit der Zuweisung an freie Träger verhalte, ob der Ansatz bleibe. Des Weiteren bitte er darzulegen, ob im Wirtschaftshaushalt tatsächlich so deutlich reduziert werden solle.

In Nordrhein-Westfalen verließen 6,1 % aller Schüler die Schulen ohne Abschluss, zeigt **Manfred Degen (SPD)** auf. Diese Quote sei bundesweit die niedrigste, sie sei aber immer noch zu hoch.

Früher habe sich die Weiterbildung Erwachsenenbildung genannt. Es gehe hier weniger um benachteiligte Jugendliche, sondern mehr um Erwachsene, auch um Leute, die den Hauptschulabschluss hätten und die Fachoberschulreife erwerben wollten. Wenn man das Telekolleg 2 mit hinzunehme, sei das im Medienverbund ein Weg, die Fachhochschulreife zu erlangen. Das Spektrum sei sehr breit. Das Angebot an den Volkshochschulen sei wichtig, weil damit die Flächendeckung der Angebote erreicht werde. Das erreiche man nicht mit Abendrealschulen und Abendgymnasien.

Er könne jetzt nicht die Zahl derjenigen nennen, die die Lehrgänge erfolgreich durchwanderten. Er habe das 17 Jahre lang gemacht.

Wenn die CDU-Fraktion in die Lage käme, ihre Vorstellungen von Schule in Nordrhein-Westfalen durchzusetzen, dann müsste man den Betrag wesentlich erhöhen.

Sigrid Klösges (SPD) berichtet von einer Vielzahl von Projekten an den Volkshochschulen in ihrer Heimatstadt, in denen insbesondere junge Leute, die im ersten Anlauf den Hauptschulabschluss nicht geschafft hätten, diesen in der Volkshochschule nachmachen könnten. Viele Kommunen sähen sich in der Verpflichtung, dies im Interesse der Jugendlichen zu tun. Dass dabei eine zusätzliche Unterstützung des Landes notwendig sei, halte sie für selbstverständlich.

Friedrich Schepsmeier (SPD) hält fest, im Kern gehe es darum, dass möglichst wenig junge Leute ohne Schulabschluss ins Berufsleben eintreten könnten. Wenn es die Schule nicht geschafft habe, müsse man das wichtige Instrument der Weiterbildung als dritte Säule des Bildungssystems fortführen.

Er frage sich, welche anderen freien Träger gemeint sein könnten. Was den Wirtschaftshaushalt angehe, so sei an der Stelle nicht gekürzt worden. Da gehe es nicht um Schulabschlüsse, sondern um andere Qualifikationen, die vermittelt würden. Man habe freie Träger der Weiterbildung, die aber nicht mit den Schulabschlüssen befasst seien. Das sei Aufgabe der Volkshochschulen im Medienverbund. Er bitte darum, keine falschen Konfrontationen zum Schaden der jungen Leute aufzubauen.

Carina Gödecke (SPD) hält fest, dass die vorgesehene Erhöhung bislang unter all denjenigen, die sich in dem Bereich auskennen würden, unstrittig gewesen sei.

Vor wenigen Wochen sei das Weiterbildungsgesetz novelliert worden. Auch die CDU habe die Stärkung der kommunalen Pflichtaufgabe und die Stärkung der kommunalen Volkshochschulen als wesentliches Element herausgestellt. Sie habe sich vehement dafür eingesetzt, dass die 99 Stellen über Mindestbedarf an den kommunalen Volkshochschulen erhalten bleiben müssten - nicht nur im Rahmen der gesetzten Fristen für die Übergangszeiten.

Wenn man allerdings wenige Wochen später bei den Haushaltsplanberatungen einen anerkannten und unverzichtbaren Teil der Aufgabe der kommunalen Volkshochschulen en passant in Frage stelle und ankündige, man wolle zukünftig die Schwerpunkte verlagern, dann sei sie gespannt, wie das auf der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen in die Fachöffentlichkeit transportiert werden solle. Sie sei auch gespannt, wie die kommunale Familie, die Träger der Volkshochschulen sei, darauf reagieren werde.

Bernhard Recker (CDU) entgegnet, hier werde nichts infrage gestellt.

Ziel sei es, durch Stärkung der Schulen möglichst mehr Abschlüsse dorthin zu bringen. Das wolle die CDU-Fraktion erreichen. Genauso werde seine Fraktion heute auch Ja zu dem

Antrag sagen. Insgesamt habe die CDU-Fraktion allerdings eine andere Zielrichtung, was er bekannt geben wolle.

Bezüglich der Frage, wie viel Mittel für andere Träger zur Verfügung stünden, verweist **Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann (Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung)** auf den Entwurf des Haushaltsplans, Seite 336. Danach stünden 700.000 DM wie im Vorjahr zur Verfügung.

Mit Blick auf den laufenden Antrag Nr. 3 der CDU-Fraktion (Personalhaushalt) bezüglich **Kapitel 05 300 - Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten** - äußert **Bernhard Recker (CDU)** die Hoffnung, dass im kommenden Haushaltsjahr endlich etwas für die Grundversorgung der Schulen geschehe.

In den letzten Jahren hätten sich die Koalitionsfraktionen vehement dagegen gewehrt, das Wort Unterrichtsausfall zu gebrauchen. Nun brüsteten sie sich damit, dass 1.000 Stellen zur Verfügung gestellt würden. Dem Druck könnten die Koalitionsfraktionen nicht mehr nachgeben.

Wenn sie den Anträgen der CDU-Fraktion in den letzten drei, vier Jahren gefolgt wären, hätte man 4.000 bis 5.000 Lehrer und Lehrerinnen mehr. Er beantrage wie in den letzten Jahren, die Stellen um 2.000 auf 3.001 aufzustocken, um eben eine vernünftige Grundversorgung zu garantieren.

Friedrich Schepsmeier (SPD) berichtet davon, dass Herr Recker vor einigen Tagen in Paderborn auf einer Pressekonferenz seinen heutigen Auftritt angekündigt habe. Ein Schub von 10.000 Stellen sollte angeblich vorangebracht werden. Außerdem würde eine saubere Deckung vorgestellt. Er vermisse beides, nun werde nur ein alter Hirsch zum Wasser geführt - ohne eine Deckung in irgendeiner Weise in Aussicht zu stellen. Bei den anderen Stellen, die noch kämen, handele es sich um eine Umwandlung.

Man sollte allerdings nicht unterschlagen, dass die Regierungskoalition mit dem Nachtragshaushalt 1999 bereits in einer nicht unerheblichen Größenordnung zusätzlich Stellen, die in den Haushalt 2000 wiederum übernommen würden, zur Verfügung gestellt habe. Da gehe es nicht nur um die 1.000 Stellen, über die gleich noch beraten werde, sondern auch um eine Reihe von anderen Maßnahmen, was sich auf eine Größenordnung von 2.800 Stellen summiere, die man im Jahre 2000 mehr haben werde als im vergangenen Jahr. Darüber hinaus würden den Schulen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt, die sauber gedeckt und mit klaren Prioritäten für die Bildung in den Landeshaushalt eingestellt würden.

Er habe angenommen, dass die CDU-Fraktion in diesem demokratischen Wettstreit saubere Konzepte mit einbringen würde, zumindest sagen würde, auf welche Weise sie zusätzliche Stellen in das System einfließen lassen wolle, damit die Stellen zielgerecht wirken könnten und nicht versickerten.

Die Aussagen halte er geradezu für abenteuerlich, erwidert **Bernhard Recker (CDU)**.

Wenn den Anträgen der CDU-Fraktion gefolgt worden wäre, wäre man heute bei einer Zahl, die zwischen 6.000 und 8.000 höher liege. Auch am Samstag habe er erklärt: Zunächst solle die Grundversorgung erhöht werden, weil in allen Schulen deutlich werde - auch im Ländervergleich -, dass hier dringender Bedarf sei.

Das, was die Koalitionsfraktionen durch verschiedene Pools, etwa Geld statt Stellen, versuche, sei eben nicht die bessere Lösung. Die, die vor Ort arbeiteten, seien ganz anderer Meinung. Man dürfe den Schulen nicht immer nur für ein oder zwei Jahre etwas versprechen. Man brauche Verlässlichkeit für den Unterricht, Verlässlichkeit für die Schulen und Verlässlichkeit für die Lehrer. Darum müssten Planstellen geschaffen werden, statt mit Zeitverträgen zu arbeiten.

Dadurch komme die CDU-Fraktion auch auf 4.000 Lehrer - abzüglich derjenigen, die bereits da seien. Für die nächsten Jahre solle ein Programm erstellt werden, sodass die Unterrichtsgarantie je nach der aktuellen Situation gegeben sei. Solange müsse die Grundversorgung aufgebaut werden. Diese Aussage werde seine Fraktion einhalten. Nun müssten feste Stellen geschaffen werden. Es gehe nicht an, jemanden vier Wochen an einer Schule zu beschäftigen. Man brauche Verlässlichkeit. Das Volumen werde mit Hilfe der 3.000 Stellen wesentlich erhöht. Die Grundversorgung müsse in den nächsten Jahren so lange aufgestockt werden, bis die Unterrichtsgarantie erfüllt sei.

Herbert Reul (CDU) merkt an, natürlich gebe es Anträge zur Deckung der Mehrausgaben im gesamten Haushalt - allerdings nicht im Schuletat. Die CDU-Fraktion meine, dass an anderer Stelle gespart werden könne. Das sei nachzulesen.

Wenn er es richtig sehe, habe die SPD-Fraktion einen Antrag auf 1.000 Mehrstellen gestellt. Er vermisse allerdings auch die Deckungsbegründung. Insofern gleiches Recht für alle. Nun könne man den Antrag nicht einfach mit der Begründung ablehnen, dass keine Deckung im Schuletat zu finden sei. Da liege man voll daneben.

Zu dem laufenden Antrag Nr. 4 der CDU-Fraktion - **Einrichtung eines neuen Titels zur Schaffung einer Stellenreserve** - führt **Bernhard Recker (CDU)** aus, in einem mittelfristigen Programm sollte versucht werden, die alte Stellenreserve wieder zu erreichen.

Friedrich Schepsmeier (SPD) hält fest, es sei wichtig, dass alle vorhandenen Mittel zielgenau eingesetzt würden. Das Instrumentarium "Geld statt Stellen", das Stellenpool und die neue Verwendung der eben beschlossenen 1.000 Stellen könnten gezielt an den Schulen helfen, wo es notwendig sei. Insbesondere könne die Stellenreserve für kleine Schulen keine Hilfe sein, zumal alle anderen Mittel aufgegeben werden sollten. Das komme nicht infrage.

Rainer Michaelis (GRÜNE) kommt darauf zu sprechen, dass in dem Antrag ein Betrag von 162 Millionen DM für 4.152 Lehrer aufgeführt werde. Wahrscheinlich sei der 01.08. als Stichtag gesetzt worden. Er frage, ob sich die CDU-Fraktion darüber im Klaren sei, was das in den Folgejahren kosten würde.

Wenn die CDU-Fraktion die Regierungsverantwortung im kommenden Frühjahr übernehmen würde, würde der Haushalt allein durch den Betrag der Stellenreserve - es würden etwa 400 Millionen DM sein - zusätzlich belastet.

Bildung sei die Priorität Nummer 1 der CDU, erwidert **Bernhard Recker (CDU)**. Es würden bei 3 % jedes Jahr 400 Millionen DM erforderlich, bei 4 % entsprechend mehr. Davon könne man natürlich das Programm "Geld statt Stellen" abziehen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) hält fest, die 3 % Stellenreserve gelte auch für die Grundschulen. Sie frage, ob der Vertretungspool, der gerade eingerichtet worden sei, hinzugenommen werden solle. - Das solle alles abgeschafft werden, antwortet **Bernhard Recker (CDU)**.

Rainer Michaelis (GRÜNE) hält fest, die CDU-Fraktion wolle die Stellenreserve von 3 % durch die Streichung der Programme "Geld statt Stellen", der Vertretungsreserve für die Grundschule und anderer, die im Nachtragshaushalt wesentlich aufgestockt und teilweise auf den Weg gebracht worden seien, finanzieren.

Bernhard Recker (CDU) gibt an, die Summe für ein ganzes Jahr betrage etwa 400 Millionen DM. Wenn man "Geld statt Stellen" und den anderen Pool abziehe - das mache 260 Millionen DM aus -, müssten noch 140 Millionen DM draufgelegt werden.

Herbert Reul (CDU) betont, alle Experimente, die die Koalitionsfraktionen mit den Töpfchen hier und da seit Jahren veranstalteten, führten dazu, dass jedes Jahr neues Chaos an den Schulen stattfinde. Das sei keine Lösung. Das funktioniere hinten und vorne nicht.

Die CDU-Fraktion wolle ein anderes System, eine qualitative Veränderung, die auch quantitativ eine höhere Belastung bedeute. Durch diese Veränderung solle den Schulen mehr Sicherheit, mehr Verlässlichkeit gegeben werden. Endlich müsse mit der Frage "Haben Sie noch etwas im Töpfchen oder nicht?" Schluss gemacht werden.

Die Verlässlichkeit werde auch dazu führen, dass Schulen mit dem Potential an Lehrerinnen und Lehrern, das sie dann hätten, dem Unterrichtsausfall wirkungsvoll begegnen könnten. Das werde richtig erkannt. Das führe im Übrigen auch zu einer höheren Belastung, was bekannt und gewollt sei.

Hans Frey (SPD) merkt an, jahrelang habe es die Stellenreserve gegeben, auch massenhaft kw-Stellen. Genau in dieser Zeit sei ständig über Unterrichtsausfall geklagt worden. Er frage, ob die CDU-Fraktion tatsächlich die Auffassung vertrete, dass man mit der Gießkanne vorgehen solle. Er halte gezielte Maßnahmen für konkrete Fälle für sinnvoller.

Keiner der Verantwortlichen - seine Fraktion habe Gespräche mit allen Lehrerverbänden, mit allen Elternverbänden geführt - vertrete die Auffassung, dass die Töpfe-Lösung der Koalitionsfraktionen die bessere sei, unterstreicht **Bernhard Recker (CDU)**.

Man brauche intelligente, auch flexible Lösungen. Natürlich müsse man über Jahresarbeitszeit reden. Es gebe intelligente Modelle, bei denen die Schulen keine Anträge mehr stellen müssten. Fast alle Schulen hielten es für den besten Weg, in Eigenverantwortung die Probleme an den Schulen zu lösen.

Zu laufendem Antrag Nr. 11 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich **Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - Titelgruppe 63 - Übergangsberatung und -förderung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf - Titel 653 63 Zuweisungen an Gemeinden (GV)** führt **Theodor Kruse (Olpe) (CDU)** aus, hier gehe es um die Schwierigkeiten beim Übergang von Schule in den Beruf. Das sei nachvollziehbar.

Er meine aber, dass die Zuweisungen an andere, an freie Träger erheblich reduziert worden seien. In den Daten zum Wirtschaftshaushalt in Kapitel 08 030 seien die Maßnahmen zur Förderung genau dieser Jugendlichen um mehr als 11 Millionen DM reduziert worden. Der Haushaltsansatz habe 1999 48,3 Millionen DM betragen und betrage für das Jahr 2000 36,8 Millionen DM.

Diese Titelgruppe solle nun um 90.000 DM erhöht werden, während andere Haushaltsansätze mit der gleichen Zielgruppe um mehr als 11.000 DM gekürzt würden. Dies habe er vorhin bereits mit seiner Frage bezüglich der Zuweisungen an freie Träger angesprochen. Es sei unerträglich, dass genau diese Klientel in anderen Bereichen deutlich das Nachsehen habe. In vielen freien Bildungseinrichtungen, Kolping oder sonstigen, die mit der Arbeitsverwaltung zusammen arbeiteten, erführen sie drastische Einbußen. Das passe hinten und vorne nicht.

Manfred Degen (SPD) entgegnet, mit dieser Begründung müsste die CDU-Fraktion eigentlich fordern, 10 Millionen DM mehr aufzulegen.

Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann (MSWWF) meint, er habe die Frage bereits beantwortet. Dass Herr Kruse sich auf einen anderen Einzelplan bezogen, sei nicht erkennbar gewesen. Er könne nun nicht zu einem anderen Einzelplan hier Stellung nehmen. Er bitte um Verständnis.

Brigitte Schumann (GRÜNE) geht davon aus, dass ein Hintergrund für die Kürzungen im Wirtschaftshaushalt die Umstrukturierung der EU-Mittel für diesen Bereich sei. Zielgebiete seien herausgefallen, die vorher hätten gefördert werden können.

Zu den laufenden Anträgen Nr. 16 und 17 der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich **Kapitel 05 310 - Öffentliche Grundschulen - Titel 653 10 - Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Grundschulen mit zusätzlichem Betreuungsangebot von 8 bis 1** (Erhöhung des Baransatzes um 3 Millionen DM) und bezüglich **Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen - Titel 653 10 - Zuweisungen an Gemeinden (GV) für Sonderschulen mit zusätzlichem Betreuungsangebot von 8 bis 1** (Erhöhung um 1 Million DM) führt **Friedrich Schepsmeier (SPD)** aus, in der letzten Sitzung habe die Ministerin mitgeteilt, dass 90 % der Schulen dieses Angebot Schule von 8 bis 1 wahrnehmen. Vielerorts sei festzustellen, dass insbesondere an größeren Grund- und Sonderschulen der Bedarf bestehe, eine zweite Gruppe einzurichten. Der bisherige Umfang habe zum Teil nicht ausgereicht. Von daher sei es mit Blick auf die Verstärkung der Betreuung von Ganztagsangeboten insgesamt konsequent, um insgesamt 4 Millionen DM aufzustocken.

Bernhard Recker (CDU) möchte wissen, ob darüber Erkenntnisse vorlägen, an wie viel Schulen bereits jetzt der Bedarf angemeldet worden sei, dass eine zweite Gruppe eingerichtet werden könne.

Zur Zeit habe man schon an einzelnen Schulen Zweitgruppen, antwortet **Staatssekretär Dr. Meyer-Hesemann (MSWWF)**.

Wenn man zusätzliche Mittel ausweise, werde man sicherlich an weiteren Schulen solche Zweitgruppen errichten. Er könne allerdings keine konkreten Zahlen nennen.

Hans Frey (SPD) macht darauf aufmerksam, dass es noch eine Reihe von Schulen gebe, die das Angebot noch nicht hätten. Nun bestehe die Möglichkeit, dass sie entsprechend bedient würden.

Brigitte Schumann (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass es durchaus wünschenswert wäre, die Gruppen zu verkleinern. Mit der Aufstockung könne man die bestehenden Angebote im Bedarfsfall auch verbessern.